

MINISTERIEN

Für Metzger und Schuhmacher

Wohl oder übel wird die Bundesregierung durch den Mund des Postministers nach den Ferien die kleine Parlamentsanfrage der CSU-Abgeordneten Lermer aus Oberwalling, Post Leibling über Straubing, Unertl aus Birnbach im Rottal „und Genossen“ beantworten müssen, die im Bundestag unter dem Stichwort „Fahrradbenutzung durch Landbriefträger“ registriert wurde.

19 im Bonner Parlament bisher kaum hervorgetretene Abgeordnete aus Bayern wollen durch diese Anfrage erfahren, was die Bundesregierung dagegen zu tun gedenkt, daß im Gebiet der Oberpostdirektion Regensburg seit acht Wochen die Landbriefträger verspätet in die Häuser kommen. In diesem Teile Bayerns dürfen die Männer von der Post nicht mehr radeln, weil sie nach Ansicht ihrer Direktion in letzter Zeit zu viele Verkehrsunfälle hatten.

Nur durch einen Zufall wurde die Anfrage der Unertl und Genossen am gleichen Tage eingebracht, an dem die Fraktion der Deutschen Partei den schriftlichen Antrag stellte, das Kabinett solle durch einen „Bundesminister für Mittelstandsfragen“ bereichert werden. Ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Bundestagsdrucksachen besteht aber darin, daß die Mauerblümchen des Parlaments, die sich bisher nur Anfragen à la Unertl wenigstens daheim das Odeur des einflußreichen Politikern zu verschaffen trachteten, in einem Mittelstandsministerium endlich das Hebelzeug zu finden hoffen, mit dem sie auch im Bundestag zu Wort und Ehren kommen könnten.

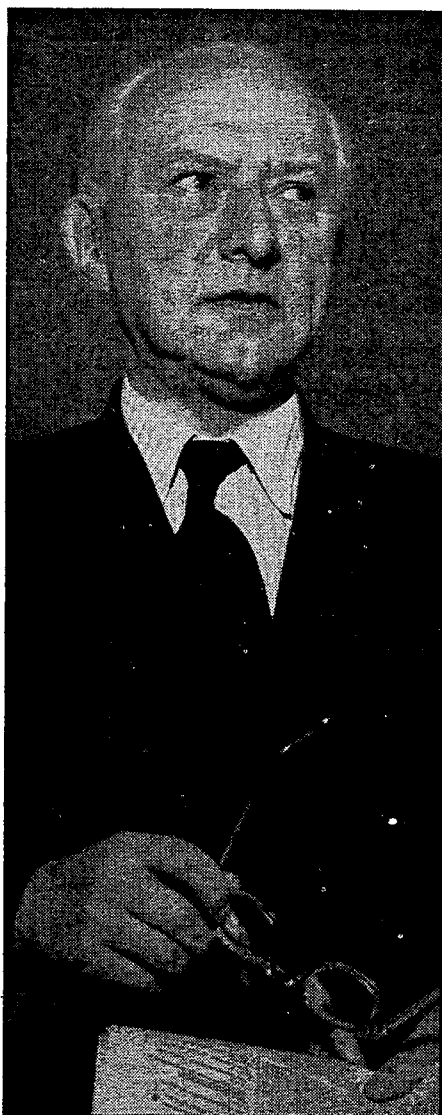
Die Berufsstände im Parlament suchen mit dem Antrag der Deutschen Partei ihren Reflektor: all die Schuhmacher, Metzger und Tischler, die Politiker werden durften, weil sie gute Handwerker sind oder weil sie in ihren Verbänden ordentlich dahorzureden verstehen. Sie sitzen in sämtlichen Fraktionen, ihre Namen wurden auf Landeswahllisten oder auf die Stimmzettel gesetzt, weil die Wahlausschüsse der Parteien mit ihnen mittelständische Stimmen kassieren wollten oder weil Fachverbände sich die Nominierung ihrer Mitglieder etwas kosten ließen.

Der beantragte Minister soll die Gesetzgebung im Sinne des Mittelstandes „koordinieren“. DP-Abgeordneter Dr. Schild nannte diese Tätigkeit eine „Querschnittsverwaltung“. Das Vorbild dafür ist die Tätigkeit des Bundesfamilienministers, mit dessen Bestallung — neben vier weiteren Ministern für Sonderaufgaben — der Bundeskanzler nach der letzten Wahl den Mittelstandspolitikern die Argumente lieferte.

Ein Mittelstandsminister sei jedenfalls wichtiger als ein Familienminister, pointierte der Präsident des deutschen Handwerks, Töpfermeister Uhlemeyer, auf dem Obermeistertag in Hildesheim seine Forderung: Ebenso wie die Familienangelegenheiten müßten auch die den Mittelstand angehenden „Teilmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesetzgebung und der Verwaltung aufeinander abgestimmt werden“.

Nun ist die Regierungstätigkeit in Bonn tatsächlich so desorganisiert, daß die FDP sogar erwägt, ein Außenhandelsministerium zu fordern, weil die deutsche Exportwirtschaft derzeit von fünf nebeneinanderher arbeitenden Ministerien gegängelt wird.

Der Antrag, mit dem die Deutsche Partei das ohnehin nicht mehr voll aufrecht-



Für neue Posten ausersehen: Minister Schürer Lobbyisten ins Kabinett?

erhaltene klassische Schema der Verwaltungsstruktur endgültig sprengen will, kann jedoch im Bundestag kaum eine Mehrheit finden. Zu wenig Bonner Politiker versprechen sich etwas von einem mit Kabinettsrang versehenen Lobbyisten des Handwerks.

Außerdem hat sich dem für diesen Posten ausersehenen FDP-Sonderminister Hermann Schäfer inzwischen ein neues Tätigkeitsfeld erschlossen: Er wurde durch Kabinettsbeschluss beauftragt, „sich der sozialen Nöte des unselbständigen Mittelstandes, der geistig Schaffenden und Angestellten anzunehmen“.

OTTO JOHN

Der blaue Brief

Ein 20 Zeilen langer Brief, datiert „Köln, An der Münze 9, den 10. August“, getippt mit Schreibmaschine auf himmelblaues Papier, veranschaulicht die braven Methoden, mit denen sich deutsche Stellen redlich um die kriminalistische Aufklärung der Affäre John mühen. Absender dieses Briefes war Lucie Marlén John, die in der Kölner Wohnung zurückgebliebene Gattin des westdeutschen Verfassungsschutzpräsidenten im Wartestand, Empfänger war der im Godesberger Hotel Schaumburger Hof abgestiegene Londoner Reporter-Star Sefton Delmer.

Er hatte, getreu der brieflichen Bitte seines Freundes Otto John, Lucie Marlén aufsuchen wollen. In ihrem blauen Brief bat ihn jedoch Frau John, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen, weil sie Presseleute nicht empfangen.

Der Schlußabsatz ihres Schreibens war ausschließlich der Erwartung gewidmet, daß Sefton Delmer alles, was er von ihrem Mann — oder über ihn — erfahre, den deutschen Behörden mitteilen werde.

Delmer quittierte diese elegante Aufforderung Lucie Marléns mit einem Brieftelegramm: Die „Burschen“, die ihr solche Briefe diktieren, möchten doch in Zukunft etwas weniger plump formulieren.

Zwar bestreitet das Innenministerium, daß irgendein Beamter der Frau John bei der Abfassung solcher Briefe behilflich sei, und es soll auch kein einziger Beamter wegen Versagens seinen Abschied erhalten; der Leiter der Polizei-Abteilung, Ministerialdirektor Egidi, wird im nächsten halben Jahr wegen Erreichung der Altersgrenze mit allen Ehren in den Ruhestand treten.

Alle Griffe erlaubt

In seiner formalen Alleinverantwortlichkeit für den Fall Otto John wird das Innenministerium Gerhard Schröders durch ein erstaunliches Ergebnis entlastet, das die Überprüfung des Kölner Verfassungsschutzamtes zutage gebracht hat:

● Im letzten halben Jahr kamen 70 Prozent aller Aufträge, Anfragen und Anforderungen an das Bundesamt für Verfassungsschutz aus dem Bundeskanzleramt und nur 30 Prozent, einschließlich aller Routine-Anordnungen, aus dem Bundesinnenministerium.

Zu diesem Ergebnis steht ein Kanzlerwort, das kaum zwei Wochen vor dem Verschwinden Johns im Deutschen Bundestag gegeben wurde, in unübersehbarem Widerspruch. In der Verfassungsschutzdebatte des Bundestages hatte Konrad Adenauer unter dem Beifall seiner Koalition wörtlich gesagt: „... möchte ich noch betonen, meine Damen und Herren, daß ich vom Bundesinnenminister außerordentlich wenige Mitteilungen über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes bekomme.“

Entweder hatte der Kanzler, als er die ihm zugegangenen Berichte über die Tätigkeit des Kölner Amtes quantifizierte, jene Berichte nicht mitgezählt, die aus dem Amt direkt unter Umgehung des ministeriellen Dienstweges in das Bonner Palais Schaumburg gelangt waren. Oder aber die zahlreichen Anfragen waren nur persönliche Unternehmungen des Kanzler-Staatssekretärs Hans Globke, so daß die Antworten des Verfassungsschutzamtes den Kanzler selbst gar nicht erreichten.

Bundesinnenminister Schröder will jedoch einen Entlastungsbeweis für sein Ministerium durch Aufklärung der Widersprüche zwischen dem Kanzlerwort und den Tatsachen nicht führen. Er kann sich einen Zwist mit dem Kanzler im Augenblick nicht leisten, denn er weiß, daß ihm nach seinem Kurzurlaub ein Kampf bevorsteht, der noch mehr Rückendeckung, Stehvermögen und Geschicklichkeit verlangt als die zu erwartenden parlamentarischen Attacken gegen ihn:

● Nach den Informationen, die in dem Ministerbüro in der Rheindorfer Straße eingelaufen sind, bereitet das alte Zwiegespann Globke & Lenz den Boden für ein „Staatschutzministerium“ vor.

Der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Hans Globke, hat das ministerielle Terrain, der ehemalige Staatssekretär im



Vor Kämpfen an zwei Fronten: **Schröder**
Kommt ein Staatsschutzministerium?

Bundeskanzleramt, Otto Lenz, den parlamentarischen Sektor zur Bearbeitung übernommen.

Gerhard Schröder steht ihnen dabei im Wege. Seit er die Bestätigung dafür erhalten hat, daß die Organisation Gehlen an einem Bericht über den „roten Faden“ im Leben Otto Johns arbeitet und daß der General selbst diese These von Anfang an gegenüber den Amerikanern und dem Bundeskanzleramt vertreten hat, weiß Schröder, daß in diesem Kampf alle Griffe erlaubt sind.

Denn derselbe Reinhard Gehlen, der nach seinen eigenen Angaben schon lange „massive Indizien“ für Johns roten Lebensfaden besitzt, hatte jener fragwürdigen Erklärung zugestimmt, die Innenminister Schröder am Montag, dem 26. Juli, vor den Mikrofonen der Radio-Stationen und den Kugelschreibern der Korrespondenten im Bundeskanzleramt zum besten gab. Durch diese Erklärung wurde Gerhard Schröders Name so sehr mit der unsinnigen Entführungstheorie verknüpft, daß von der „Donau-Zeitung“ bis zur „Abendpost“ eine Pressekampagne mit der Forderung nach dem Rücktritt des Innenministers einsetzte.

Globke-Freund Gehlen hatte den Innenminister, der naturnotwendig gegen die Einrichtung eines Staatsschutzministeriums sein muß, ins Verderben rennen lassen, indem er die Regierungserklärung las, billigte und noch mit eigener Hand ein paar kleine Korrekturen anbrachte, ohne dem Minister auch nur ein Wort über die ihm bekannten roten Flecken in Johns Konduite zu verraten.

Inzwischen hat Gerhard Schröder, der heute überzeugt ist, daß Otto John physisch freiwillig die Unfreiheit wählte und

der seine Kidnapping-Theorie bedauert, zu einer ersten Gegenoffensive ansetzt.

Im bevorstehenden Kampf gegen die Zentralisierung aller Nachrichten- und Abwehrrdienste der Bundesrepublik in einem Staatsschutzministerium, wie sie Hans Globke, Reinhard Gehlen und Otto Lenz vorschwebt, hat Schröder in Sicherheitskommissar Theodor Blank einen Verbündeten gefunden. Blanks und Schröders Gegenprogramm: Eine militärische Abwehr soll dem zukünftigen Verteidigungsministerium, ein politischer Intelligence-Dienst dem Innenministerium unterstehen.

STREIKTAKTIK

Aktion Plombenzange

Mit breitem Siegerlächeln quittierte Streikführer Adolph Kummernuß, 1. Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), am Ende der neuntägigen Hamburger Gewerkschaftsschlacht den Beifall seiner Funktionäre.

„Sie waren alle begeistert über den Erfolg“, triumphtierte sein ÖTV-Statthalter im Hamburger Gewerkschaftshaus, Nicolaisen. Den genau ausgetiftelten Feldzugsplan über die Fortführung des Streiks — für den Fall weiterer Erstarrung der Verhandlungsfrenten — konnte er zu den Akten legen. Es hatte bereits genügt, mit diesem Schlachtplan zu drohen.

Die Strategen der Streikleitung hatten nämlich in mehreren Tag- und Nachtsitzungen den Plan gefaßt, ab Montag dieser Woche in Hamburg einen Zustand künstlich herbeizuführen, wie er etwa im Kriege die Bevölkerung nach schweren Bombenangriffen schreckte.

Zunächst sollten schlagartig die industriellen Gasverbraucher vom Gasversorgungsnetz abgeschaltet werden. Streikkommandos sollten die Haupthähne in den Betrieben verplomben. Das Haupt-Gaswerk sollte seinen Betrieb völlig einstellen. Um Explosionskatastrophen — durch Eindringen von Luft in das unterversorgte Leitungsnetz — zu vermeiden, sollte der von der Streikleitung zugelassene Notdienst Generatorgas in die Röhren drücken, das in Haushaltsgeräten kaum brennt.

Diese Aktion hätte den bis dahin milden Streik, der sich im wesentlichen nur auf die (stadteigenen) Verkehrsmittel — Straßenbahn, Hochbahn, Omnibusse, Alsterschiffe — auswirkte*, in einen scharfen Lohnkrieg verwandelt. Zahlreiche Betriebe, darunter Großwerften, Metallschmelzen, Emaillefabriken, die auch in den Streiktagen trotz des reduzierten Gasdrucks noch fast ausreichend mit Gas versorgt worden waren, hätten dann zu Kurzarbeit übergehen müssen. In manchen Betrieben bereitete man sogar Entlassungen vor.

Diese Drohung kam just zu dem Zeitpunkt, als auch der Hamburger Senat sein taktisches Konzept überprüfte. Dem Senat — als Arbeitgeber der 13 000 Streikenden — mußte daran gelegen sein, Zeit zu gewinnen. Denn synchron zu dem Parade-streik der ÖTV in Hamburg waren bereits die Verhandlungen des ÖTV-Hauptvorstandes mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände angelaufen.

Es war eine Frage der stärkeren Nerven und der geschickteren Verhandlungstaktik, ob die Gewerkschaften ihr Ziel erreichen würden, mit einem durchgreifenden Erfolg

* Da in Hamburg die bundesbahneigenen S-Bahnen auch während des Streiks verkehrten und Privatbusse in steigendem Maße den Linienverkehr der Straßenbahnen übernahmen, konnte der Hamburger Verkehr trotz des Ausfalls der städtischen Verkehrsmittel leidlich aufrechterhalten werden.

in Hamburg die Festsetzung eines neuen Rahmentarif für alle Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik zu präjudizieren.

Hatten sich die Spitzen des Hamburger Senats noch zu Beginn des Streiks damit gebrüstet, die stärkeren Nerven zu haben („Vier Pfennig Zulage pro Stunde und keinen Pfennig mehr“), so zeigte sich in der neunten Streiknacht — nach einer stürmischen Bürgerschaftssitzung im Hamburger Rathaus — Nervosität und Zersplitterung beim Senat und in den Reihen der bürgerlichen Parlaments-Koalition „Hamburg-Block“.

Streikführer Kummernuß und seine Stabsfunktionäre hatten mit dem festen Vorsatz Beobachtungsplätze im Parlamentssaal bezogen: „Wir bleiben hier, und wenn wir auf den Bänken schlafen müssen.“ Sie vertrauten — wie sich herausstellte, mit Recht — auf die zermürbende Wirkung ihrer Drohung mit der Plombenzange.

Mit weichen Knien war der Fraktionsführer und Landesvorsitzende des Hamburg-Blocks, Großkaufmann Erik Blumenfeld, schließlich sogar bereit, den von den Gewerkschaften geforderten Schlichter Dr. Stenzel für die Abgabe eines definitiven Schiedsspruches anzuerkennen und sich bedingungslos diesem Spruch zu unterwerfen; allerdings unter der Voraussetzung, daß Stenzels Entscheidung keine Preiserhöhung für Gas, Wasser und öffentliche



„Die Gewerkschaft mußte ...
Streikführer **Kummernuß**

Verkehrsmittel nach sich ziehe. (Diese Bindungsklausel ging im Trubel der zermürbenden Nachtsitzung völlig unter.)

Bürgermeister Dr. Sieveking (CDU), der sein Hamburger Amt nach beschaulichen Gesandten-Jahren in Stockholm erst vor acht Monaten übernommen hat, drohte jedoch mit Rücktritt, wenn seine eigene Fraktion dem von der SPD-Fraktion und Streikführer Kummernuß vorgeschlagenen Schlichter Dr. Stenzel das Feld überlasse. Denn Stenzel hatte in den Vortagen durchblicken lassen, daß er mit Kummernuß nur klarkommen könne, wenn er der Gewerk-